

Die Baugemeinschaft

Parteienfinanzierung Wegen einer Spendenaffäre in Regensburg kommen auf die SPD womöglich hohe Strafzahlungen zu.



Oberbürgermeister Wolbergs 2016: »Jagd- und Vernichtungsfeldzug«

Vielleicht wäre die ganze Sache gar nicht aufgefallen, hätten die Spender eine andere Standardsumme für ihre Überweisungen gewählt. Aber so: 9900 Euro pro Zahlung, also knapp unterhalb der Schwelle, ab der das Parteiengesetz vorschreibt, die Spende zu veröffentlichen. Das Ganze 48-mal, sodass in viereinhalb Jahren eine beträchtliche Summe zusammenkam: 475 000 Euro. Bezahlt von einem Bauunternehmer und dessen Umfeld.

Empfänger des Geldsegens war der SPD-Ortsverein Stadtsüden in Regensburg, eine kleine Parteigliederung mit gerade einmal zwei Dutzend Mitgliedern unter dem Vorsitz von Joachim Wolbergs. Wolbergs, der Name hatte Klang in der Region, ein politischer Aufsteiger, Bürgermeister und dann Oberbürgermeister von Regensburg. Mit dem Geld seines Ortsvereins machte er Wahlkampf. Spendenquittungen stellte er selbst aus.

Der Kommunalpolitiker Wolbergs, 48, als Nehmer und der Bauunternehmer Vol-

ker Tretzel, 76, als Geber sind die Hauptfiguren des Falls, in dem es um eine ziemlich dreiste Form der Parteienfinanzierung geht. Er beschäftigt seit Jahren die Justiz und könnte für die deutsche Sozialdemokratie noch teuer werden.

Am 3. Juli steht vor dem Landgericht Regensburg das Urteil an. Die Staatsanwaltschaft fordert für Wolbergs und Tretzel jeweils viereinhalb Jahre Haft, die Verteidigung Freispruch. Mitangeklagt sind der ehemalige Fraktionschef der SPD im Regensburger Stadtrat, Norbert Hartl, und Franz W., ein früherer Mitarbeiter der BTT Bauteam Tretzel GmbH, der die Spenden koordiniert haben soll. Über elf Millionen Gewinn will die Staatsanwaltschaft beim Bauunternehmer abschöpfen.

Die Spendenaffäre in der Oberpfalz ragt wegen der Summen heraus. Zum Vergleich: Die dubiosen Zahlungen an die Bodensee-AfD aus dem Ausland summieren sich nur auf ein gutes Viertel der Regensburger Beträge. Sollte das Landgericht

einen Verstoß gegen das Parteiengesetz feststellen, drohen der SPD in der Folge womöglich hohe Strafzahlungen durch die Bundestagsverwaltung. Eine Sprecherin des SPD-Bundesvorstands mochte sich zu einem »laufenden Verfahren und möglichen Konsequenzen nicht äußern«.

Dabei war es ein Sozialdemokrat, der als Erster Alarm schlug. Vor drei Jahren wunderte sich der bayerische SPD-Landesschatzmeister, ein Oberstaatsanwalt aus Bamberg, dass zeitgleich mehrere Spender in ähnlichem Ausmaß ihr Herz für die Roten entdeckt hatten. Der hauptberufliche Strafverfolger stellte Verbindungen zwischen den Spendern fest und informierte die zuständigen Kollegen.

Nach Hausdurchsuchungen, Telefonüberwachungen und der zeitweiligen Inhaftierung der beiden Hauptbeschuldigten geht die Staatsanwaltschaft von Bestechlichkeit und Bestechung aus. Die Strafkammer hat diesen Vorwurf der Anklage nicht zugelassen, es bleiben unter anderem Vorteilsannahme und Vorteilsgefährdung.

Binnen kurzer Zeit ist es schon der dritte Fall zweifelhafter politischer Landschaftspflege in der Kommunalpolitik, der die bayerische Justiz beschäftigt. Das Landgericht München verurteilte den ehemaligen Landrat von Miesbach und einen ehemaligen Sparkassendirektor zu Bewährungsstrafen, in Ingolstadt steht ein Prozess gegen den früheren Oberbürgermeister vor dem Abschluss, er soll für Bauvergaben private Vorteile angenommen haben, bestreitet den Vorwurf aber.

Der Regensburger SPD-Politiker Wolbergs war 2008 dem CSU-Amtsleiter im Kampf um das Rathaus nur knapp unterlegen. 2014 folgte dann ein Erdrutschsieg mit über 70 Prozent in der Stichwahl gegen einen anderen CSU-Konkurrenten.

Gerade sah die darbenende Bayern-SPD einen Hoffnungsträger heranwachsen, als Wolbergs' Höhenflug jäh endete: Im Januar 2017 nahm die Polizei den Oberbürgermeister in der Tiefgarage seines Wohnhauses fest, er kam in Untersuchungshaft und wurde vom Amt suspendiert.

Seitdem er wieder frei ist, kämpft der Politiker für seine Rehabilitierung. Regelmäßig veröffentlichte er auf seiner Facebook-Seite Videostatements. Nach dem Plädoyer der Staatsanwaltschaft sprach Wolbergs von einem »Jagd- und Vernichtungsfeldzug«, der gegen ihn laufe. Den Staatsanwalt titulierte er im Gerichtssaal als »Oberschaffler« (»Wichtigtuer«).

Vom Gschaffeln versteht er selbst eine Menge, davon profitierte auch seine Partei. Zwischen 2011 und 2016 vervielfachte sich das Spendenaufkommen seines Ortsvereins. Größter Wohltäter war sein Mitangeklagter Tretzel. Der Unternehmer, der eine Jacht und ein Flugzeug besitzt, baut Wohnanlagen in der florierenden Univer-

sitätsstadt Regensburg. Wolbergs' CSU-Vorgänger erhielt von Tretzel nach Amtsende einen gut dotierten Beratervertrag.

Mit dem SPD-Mann traf sich Tretzel laut dessen Terminkalender 88-mal. Die Nähe soll Wolbergs auch privat genutzt haben, so der Vorwurf. 2012 kaufte Wolbergs' Mutter für ihre drei Söhne eine Eigentumswohnung in einem von Tretzels Firma BTT errichteten Wohnhaus namens Villa Grassi – italienische Gebäudenamen tauchen immer wieder auf. Den ursprünglich genannten Kaufpreis musste sie nicht bezahlen, die BTT soll ihn um 37 600 Euro reduziert haben, indem sie Ausbaurbeiten nicht in Rechnung stellte. Die BTT soll auch einen Teil der Kosten übernommen haben, um ein Ferienhaus der Wolbergsens zu renovieren. Auch die Schwiegermutter Wolbergs' kaufte 2015 eine Eigentumswohnung von BTT, gelegen in der Villa Querini und laut Staatsanwaltschaft zu einem geminderten Preis. Die Verteidiger können keine besonderen Rabatte erkennen.

Zusätzliche Nähe schuf der Fußball. Tretzel zahlte regelmäßig Millionen an den SSV Jahn Regensburg. Als Wolbergs dort ab Juni 2014 den Aufsichtsratsvorsitz des Vereins übernahm, erhöhte der SSV Jahn mit Tretzel-Geld dreimal in kurzer Zeit das Grundkapital seiner teuren Profifußballabteilung, insgesamt um 2,8 Millionen Euro.

Die Geldspritzen stehen in zumindest zeitlichem Zusammenhang mit einer großen Bauvergabe: der Bebauung der Nibelungenkaserne. Die Stadt hatte das Grundstück im Regensburger Süden vom Bund übernommen. Beim Weiterverkauf sollte nicht der Höchstpreis allein zählen, sondern unter anderem das Energiekonzept der Bau-träger. Über die Kriterien sollen Wolbergs und der SPD-Fraktionschef Hartl, der kein Amtsträger war, die BTT-Leute 2013 einen Tag vor Heiligabend informiert haben, damit diese ein aussichtsreiches Angebot erarbeiten konnten. Über das Treffen existiert nur eine grobe Notiz, Tretzels Teilnahme ist nicht belegt. Dennoch lagen zunächst Mitbewerber vorn, dann schrieb die Stadt die Vergabe neu aus.

Am 16. Juni 2014 schickte Hartl eine Mail an die anderen Angeklagten, mit der Bitte, Änderungswünsche im Ausschreibungsentwurf mit Rot einzutragen. Fünf Monate später war die Sache abgeschlossen: Der Stadtrat erlaubte der BTT am 23. Oktober, die Bauabschnitte für 23 Millionen Euro zu kaufen.

Die Anklage wertet die Vergabe der Nibelungenkaserne als Bestechung bezie-

hungsweise Bestechlichkeit. Allerdings müsste dafür eine pflichtwidrige Diensthandlung zu belegen sein. Laut Eröffnungsbeschluss konnte das Gericht bislang keine Unrechtsvereinbarung erkennen. Wie also ist das Regensburger Amigosystem rechtlich zu bewerten?

»Der Angeklagte Tretzel hatte stets die Amtsträger im Blick und wollte auf diese Einfluss nehmen«, führte Staatsanwältin Christine Ernstberger in ihrem Plädoyer aus. Beim Spenden habe Tretzel wie ein Geschäftsmann gedacht: »Er verknüpft die Investition mit einem Zweck.« Spiegelbildlich der Empfänger: Wolbergs habe sich »sehenden Auges in die Abhängigkeit« hineinbegeben und zu seinem Gönner eine »korruptive Dauerbeziehung« gepflegt.

Die Staatsanwältin zitierte aus der Richtlinie der Stadt zur Verhütung von Korruption, unterzeichnet vom damaligen Oberbürgermeister Wolbergs: »Jeder An-



Neubau auf Kasernengelände: »Dumm und dämlich verdient«

schein von Parteilichkeit soll vermieden werden.« Und: »Korruption ist kein Kavaliersdelikt, sondern strafbares Verhalten.«

Wolbergs-Verteidiger Peter Witting zeichnete hingegen das Bild eines Politikers, der »für die Menschen da sein« und etwas bewegen wollte. »Gefälligkeiten im Bereich der sozialen Adäquanz« habe es gegeben, mehr nicht. In abgehörten Telefonaten versicherten die Männer einander, immer korrekt gehandelt zu haben. Fehlendes Unrechtsbewusstsein? »Vielleicht gab es auch kein Unrecht«, so Witting.

Der Verteidiger des Unternehmers betonte die allgemeine Spenderfreudigkeit seines Mandanten. »Herrn Tretzel gefällt die wohnungsbaufreundliche Politik der SPD«, sagte sein Rechtsanwalt Florian Ufer. Es sei wie in den USA: »Da wird einer reich, und dann gibt er es zurück.« Dass man sich bei den Parteispenden an Obergrenzen gehalten habe, sei nachvollziehbar – ähnlich wie bei Freibeträgen im Falle von Schenkungen in der Familie.

Fürs Budget der SPD wird entscheidend sein, wie das Landgericht die Spenden an den Ortsverein einordnet. Überwiesen wurden sie unter anderem von sieben Personen aus Tretzels Firma sowie dessen inzwischen verstorbener Schwiegermutter. Handelte es sich um Einzelspender, könnte die Partei aufatmen. Waren es Strohmann-Tretzels, hätte die SPD illegal kassiert.

Die Anklage beruft sich unter anderem auf einen Überweisungszweck, den ein Mitarbeiter bei einer Spende vermerkte: »Bürgermeisterwahl BTT«, außerdem in einer handschriftlichen Notiz »Spaltung SPD«. BTT-Mann Franz W. habe sich darum gekümmert, »dass die Jungs auch eine Spende abdrücken, so wie ich das eigentlich erwartet habe«, sagte Tretzel in einem abgehörten Telefonat. In einer Mail vom Juli 2016 erklärte der Boss, »dass die Mitarbeiter, die am Erfolg der Firma beteiligt werden, sich auch an deren

Kosten im weiteren Sinne beteiligen sollen«.

Der Erfolg war groß, wie Verteidiger Ufer erklärt. Ihm zufolge erhielten die spendenden BTT-Mitarbeiter rund 20 Millionen Euro ausbezahlt. Ufer: »Die haben sich dumm und dämlich verdient.«

Die Spenden seien »in vollem Umfang aus eigenem Einkommen beziehungsweise Vermögen der Mitarbeiter bestritten« worden, argumentiert Ufer. So führten die Mitarbeiter die Spenden in ihren Steuererklärungen an. Laut einem von der Verteidigung beauftragten Experten für Parteienstrafrecht machten sie lediglich »von einem Grundrecht Gebrauch«.

Tretzel klagt parallel zum Strafverfahren vor dem Verwaltungsgericht gegen das »medial motivierte, nicht rechtsstaatliche Verhalten der Staatsanwaltschaft«. Sein Medienanwalt beklagt eine massive Vorrurteilung und grobe Fehler der Ermittler, unter anderem durch falsch verschriftlichte Telefonate.

Nach dem Strafurteil ist eine Revision wahrscheinlich, ähnliche Verfahren stehen an, denn auch weitere Bauunternehmer spendeten an die SPD. Die Staatsanwaltschaft klagt zudem den ehemaligen CSU-Oberbürgermeisterkandidaten an, »wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Verstoß gegen das Parteiengesetz«.

Aus seiner Partei ist Wolbergs ausgetreten, er kam damit seinem Ausschluss zuvor. Er will nun mit einer eigenen Liste bei der Kommunalwahl 2020 antreten. Ihr Name lautet: »Brücke – Ideen verbinden Menschen«. Jan Friedmann